

Was bleibt nach der Welle der Proteste?

Hunderttausende demonstrierten im Frühjahr gegen Rechtsextremismus. Inzwischen gibt es solche Kundgebungen nur noch vereinzelt. Eine Suche nach den Ursachen.

München – Jörg Köhler geht auf die 80 zu. Der Ostfrieser ist Gründungsmitglied des Vereins „Aurich zeigt Gesicht“, seit Jahrzehnten politisch aktiv, lange auch als Kommunalpolitiker bei den Grünen. Man kann sagen, er hat schon eine Menge erlebt. Aber der 30. Januar 2024 war selbst für einen wie ihn etwas Besonderes: 3000 Menschen protestierten an diesem Tag auf dem Auricher Marktplatz gegen Rechtsextremismus und die AfD.

Seitdem versucht Köhler „das Ding irgendwie am Laufen zu halten“. Jeden Montag, Punkt 19.30 Uhr, protestiert er auf dem Marktplatz unter dem Motto „Aurich ist bunt“ gegen die AfD. Und jede Woche schrumpft die Zahl derer, die sich am Protest beteiligen. Mittlerweile kommen noch etwa 50 bis 80 Menschen, sagt Köhler.

Ein Blick auf die Zahlen vom Demokratieam, einer Onlineinitiative, die seit Anfang Januar Zahlen und Berichte von mehr als 1400 Demonstrationen gegen Rechtsextremismus gesammelt hat, zeigt: die Teilnehmerzahlen an solchen Demonstrationen schwinden überall im Land. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Protestwellen irgendwann abflachen. Aber im Januar hatten Soziologen noch eine „neue Protestkultur“ beschworen oder die „Rückkehr der Massenpolitik“ ausgerufen. Und jetzt?

Für eine Studie haben die Protestforscher Sebastian Koos und Marco Bitschnau Demonstrationen gegen Rechtsextremismus in Konstanz, Singen und Radolfzell besucht. Beide forschen am Institut für Soziologie der Universität Konstanz. Auf den Demonstrationen sammelten die Wissenschaftler Informationen von 509 Personen zu Einkommen oder politischer Ein-

stellung. Außerdem stellten sie konkrete Fragen, beispielsweise nach der Haltung zu einem AfD-Verbot.

Die Studienergebnisse sind wegen der kleinen und lokal begrenzten Stichprobe zwar nicht repräsentativ für die ganze Republik, aber André Aden vom Bundesverband der Mobilen Beratungsstelle, meint, dass sie auch im Rest des Landes weitestgehend zutreffend sind. Mit 50 Teams ist der Verband in allen Bundesländern vertreten und organisiert Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus. Die landesweiten Demonstrationen haben die Vertreter der Mobilen Beratungsstelle eng begleitet.

Ohne klare Ziele ist es schwierig, Menschen dauerhaft zu mobilisieren

Ein Großteil der befragten Teilnehmer an den Demos gehört der Mittelschicht an, fühlt sich politisch links der Mitte, war vorher kaum auf Demonstrationen und besitzt einen überdurchschnittlich hohen Bildungsabschluss, heißt es in der Konstanzer Studie. Interessanter sei jedoch, wie unterschiedlich die Teilnehmer auf inhaltliche Fragen antworten, sagen die Studienmacher. Mehr als die Hälfte ist überzeugt, man solle mit AfD-Unterstützern das Gespräch suchen. Bei der Frage nach einem Parteiverbot gibt etwa je ein Drittel an, dagegen, dafür oder unentschieden zu sein.

Diese inhaltliche Heterogenität ist ein Merkmal, das die Proteste gegen Rechtsextremismus von anderen unterscheidet. Es fühlten sich zwar besonders viele Leute

von solchen Demonstrationen angesprochen, allerdings ist es ohne klare, übereinstimmende Standpunkte und Ziele auch schwerer, Menschen dauerhaft zu gemeinsamen Demos zu mobilisieren.

Andere Protestbewegungen haben oft einen realen Auslöser. Die später in Teilen zurückgenommene Streichung des Agrardiesels, die die Bauernproteste auslöste, ist dafür ein Beispiel. Daraus folgten konkrete Forderungen. Diesen Auslöser habe es bei den Protesten gegen Rechtsextremismus nicht gegeben, sagt Bitschnau. Dass sich

rechtsextreme Aktivisten und AfD-Politiker treffen, war keine Neuigkeit. Auch die Remigrationspläne werden in rechtsextremen Kreisen schon lange diskutiert. Aden sagt, dass auf die Recherche des Netzwerks *Correctiv* eine solche Reaktion gefolgt ist, habe ihn „überrascht“.

Die hohen Teilnehmerzahlen erklären die Soziologen von der Uni Konstanz unter anderem damit, dass Deutschland sich momentan in einem „Protestzyklus“ befinde. André Aden von der Mobilen Beratungsstelle spricht von einer „Erregungsdyna-

mik“, an der auch die Medien einen Anteil haben. Dass große Protestwellen schnell aus einer Art kurzfristiger Erregung entspringen und wieder zerfallen, während die Bindung an Parteien, Kirchen oder Gewerkschaften historisch schwach ist, beschreibt etwa der Historiker Anton Jäger in seinem Buch „Hyperpolitik“ als typisches Merkmal der Gegenwart.

Die Zustimmungswerte der AfD sackten zu Beginn der Proteste um etwa drei Prozentpunkte ab und steigen seither nicht mehr. Es ist unklar, wie nachhaltig dieser Trend ist, aber für Organisatoren und Teilnehmer der Proteste ist es ein Erfolgsergebnis. Von den Auflösungserscheinungen der Protestwelle ist dennoch keiner der Experten überrascht. „Es gibt immer einen Moment der Ekstase“, sagt Bitschnau. Und dann den „Morgen danach“.

Für eine langfristige Bewegung braucht es einen Überbau

Damit sich, wie im Falle von „Fridays for Future“, eine langfristige Bewegung formt, braucht es einen Überbau. Eine feste, überregionale Struktur. Dies sei bisher nicht entstanden, aber das Bündnis „Zusammen für Demokratie“ könnte eine solche Struktur werden, sagt André Aden. Es wurde unter anderem vom Deutschen Gewerkschaftsbund, den beiden großen christlichen Kirchen und mehr als vierzig weiteren Organisationen ins Leben gerufen. Die Berater von der Mobilen Beratungsstelle sehen auch, dass sich abseits der Demonstrationen eine Vielzahl neuer, lokaler Bünd-

nisse gebildet haben, etwa Ortsgruppen der Omas gegen Rechts.

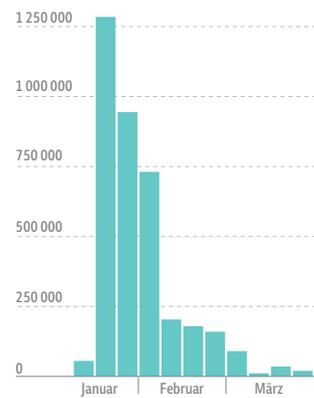
Sebastian Koos, einer der Verfasser der Konstanzer Studie, gibt zu bedenken, dass große Demonstrationen ohne konkrete politische Forderungen zu einer Art „Protestmüdigkeit“ führen können. Insgesamt überwiege aber, was er den Anstieg des „latenten Mobilisierungspotenzials“ nennt. Das heißt: Menschen gehen eher auf eine Demonstration, wenn sie schon einmal eine besucht haben. Die jüngsten Proteste haben auffällig viele Menschen angezogen, die vorher nie an solchen Veranstaltung teilgenommen hatten. Diese seien in Zukunft leichter zu mobilisieren, sagt Koos.

Statt klassischen Demonstrationen mit Rednern und Sprechchören organisiert Jörg Köhler in Aurich mittlerweile kleine Musikeinlagen. Vergangenen Montag spielten etwa zwei Drehorgelspieler aus dem rheinischen Euskirchen auf dem Marktplatz. Die Kooperation kam zustande, weil das Familienministerium eine „Partnerschaft für Demokratie“ mit dem Landkreis Aurich unterhält und Köhlers Verein „Aurich zeigt Gesicht“ mitfinanziert. Dahinter steckt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Es dient der Förderung von „zivilgesellschaftlichem Engagement für Demokratie, Vielfalt und gegen jede Form von Extremismus“. Für das Jahr 2024 stellt das Familienministerium dafür etwa 200 Millionen Euro bereit. Geld ist da, auch die örtlichen Strukturen stehen. Aber auf dem Auricher Marktplatz spürt Köhler vom latenten Mobilisierungspotenzial derzeit nicht mehr viel. Weitermachen will er trotzdem, selbst wenn nur noch „die üblichen Verdächtigen“ kommen.

Jonas Junack

So viele gehen demonstrieren

Anzahl der Demo-Teilnehmer je Woche



SZ-Grafik; Quelle: Demokratieam

So viele Demos gab es

Anzahl der Demos je Woche

